

## Neujahrsempfang

# AfD ist im politischen Alltag angekommen

**Gastredner Joachim Starbatty kritisiert die Bundeskanzlerin und die Europäische Zentralbank**



Beim Empfang der AfD (von links): Stadtrat Markus Bayerbach und Fraktionschef Thomas Lis dankten dem Gastredner Professor Joachim Starbatty.  
Foto: Peter Fastl

Es war eine Premiere für die Alternative für Deutschland (AfD). Erstmals veranstaltete sie gestern Abend im Rathaus einen Neujahrsempfang. Die Partei schaffte bei der Kommunalwahl im vergangenen Jahr den Einzug in den Stadtrat.

„Das gute Ergebnis als viertstärkste politische Kraft in Augsburg hat uns überrascht und gefreut“, sagte Thomas Lis, Fraktionsvorsitzender im Stadtrat. Er dankte vor allem Bernhard Rotter, Geschäftsführer der CSM, für dessen Hilfe beim Start. Insgesamt sei das Verhältnis zwischen Stadträten der AfD und anderer Parteien kollegial, „anders als in anderen Kommunalparlamenten“. Auffallend war allerdings, dass nur wenige Stadträte anderer Parteien und kein Mitglied der Stadtregierung zu dem Empfang der AfD kam.

Es sei schwer gegen die „übermächtige“ Stadtregierung aus SPD und CSU und deren Partner Grüne anzukommen, sagte Lis. Dennoch habe die AfD Akzente gesetzt. Er verwies auf die Klage wegen des „Durchpeitschens“ der Tramlinie 5 im Stadtrat ohne vorherige Besprechung im Bauausschuss. Die Partei lässt von der Regierung von Schwaben prüfen, ob ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung vorliegt.

Hauptredner vor knapp 150 Gästen war Joachim Starbatty, Europapolitiker und emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre. Er plädierte für eine gesteuerte Zuwanderung. Dauerhaft

bleiben sollten nur die, die Deutschland wirtschaftlich voranbringen. Entsetzt zeigte er sich über Bundeskanzlerin Angela Merkels Aussage, der Islam gehöre zu Deutschland. Applaus brandete auf. Es waren auch Zwischenrufe wie „niemals“ zu hören. „Das ist Geschichtsverfälschung. Macht sie das wegen Wählerstimmen?“, fragte der Professor.

Starbatty kritisierte auch die Europäische Zentralbank. Die schütte immer mehr Geld auf den Markt, was zu Währungssozialismus führe. „Wenn Kredite ohne Zinsen zu haben sind, enden auch die Bemühungen der Staaten um Reformen.“ Zudem fließe das Geld nicht in die Staaten, sondern dahin, wo Rendite zu erwarten sei. Die Gefahr von Blasen steige – bei Aktien, Immobilien und Staatsanleihen. (chmü)

<http://www.augsburger-allgemeine.de/augsburg/AfD-ist-im-politischen-Alltag-angekommen-id32745942.html>